

*Bertelsmann Stiftung (Hrsg.)*

# **Erfolgreiche Strategien für eine nachhaltige Zukunft**

Reinhard Mohn Preis 2013

**Bildnachweis:**

Sebastian Pfützte: S. 45; Gerhard Heidorn/LAIF: S. 62/Umschlag, 64/Umschlag, 71, 72, 84; Tourism Council of Bhutan (TCB): S. 69, 74, 77, 81, 83; Ghislaine Grasser: S. 94, 102, 104/105, 106, 109; CREATISTA/Shutterstock.com: S. 97/Umschlag, 112; Daniel Korzieniaewski/Shutterstock.com: S. 101; Taina Sohlman/Fotolia.com: S. 118; Oleksiy Mark/Shutterstock.com: S. 124, 140; Mika Heittola/Shutterstock.com: S. 127/Umschlag; Joe Gough/Fotolia.com: S. 128; Gargonia/Shutterstock.com: S. 132; Estea/Shutterstock.com: Umschlag (Helsinki), S. 135, 137; Laura Burke: S. 147/Umschlag, 148, 151, 153, 154, 160, 163; Picture courtesy of the State of Tasmania: S. 171 (Foto: Richard Bennett), 176; Thomas Klinke/Panthermedia.net: S. 172/Umschlag; Flo Fastl/Panthermedia.net: S. 179; Steffi Thiel/Fotolia.com: S. 182; Céline Diebold: S. 185, 188; Martina Berg/Panthermedia.net: S. 186.

Landkarten: Dieter Duneka.

Porträtfotos: Kerstin Andreae: Britt Schilling; Werner J. Bauer: Bertelsmann Stiftung; Peter Blom: Triodos Bank; Laura Burke: privat; Aart De Geus: Arne Weychardt; Céline Diebold: Steffen Krinke; Jörg Dräger: Arne Weychardt; Martine Durand: OECD/Michael Dean; Andreas Esche: Jan Voth; Armando García Schmidt: Eva Blank; Maja Göpel: Faceland; Mark Halle: L'Oreal; Harald Heinrichs: Brinkhoff-Mögenburg/Leuphana; Klaus Jacob: FU Berlin; Marius Keller: Ghislaine Grasser; Norman Laws: privat; Brigitte Mohn: Arne Weychardt; Liz Mohn: Arne Weychardt; Ingeborg Niestroy: European Economic and Social Committee; Petra Pinzler: Nicole Sturz; Henrik Riedel: Thomas Kunsch; Uwe Schneidewind: privat; Björn Stigson: Siemens; Rita Süßmuth: Bertelsmann Stiftung; Darren Swanson: International Institute for Sustainable Development; Klaus Töpfer: Institute for Advanced Sustainability Studies; Morgan Williams: Dairy NZ.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2013 Verlag Bertelsmann Stiftung, Gütersloh

Verantwortlich: Armando García Schmidt

Lektorat: Sibylle Reiter

Herstellung: Christiane Raffel

Umschlaggestaltung: Elisabeth Menke

Satz und Druck: Hans Kock Buch- und Offsetdruck GmbH, Bielefeld

ISBN 978-3-86793-490-9

[www.bertelsmann-stiftung.de/verlag](http://www.bertelsmann-stiftung.de/verlag)

# Inhalt

<b>Vorwort</b> .....	7
<i>Aart De Geus</i>	
<b>Strategie und Aktion für nachhaltige Entwicklung: eine globale Studie zu Best Practices</b> .....	11
<i>Andreas Esche, Armando García Schmidt, Céline Diebold, Henrik Riedel</i>	
<b>Globale Trends nachhaltiger Entwicklung: Ergebnisse aus der weltweiten Vorstudie zum Reinhard Mohn Preis 2013</b> .....	19
<i>Darren Swanson, Mark Halle, Armando García Schmidt, Andreas Esche</i>	
<b>Strategische Nachhaltigkeitspolitik: Herausforderungen und Chancen für Deutschland</b> .....	43
<i>Harald Heinrichs, Norman Laws, Henrik Riedel</i>	
<b>Fallstudien</b> .....	59
Bhutan: Ein Leitbild der Nachhaltigkeitspolitik .....	61
<i>Ingeborg Niestroy, Armando García Schmidt, Andreas Esche</i>	
Costa Rica: Ein Pionier für nachhaltige Entwicklung .....	91
<i>Marius Keller, Ingeborg Niestroy, Armando García Schmidt, Andreas Esche</i>	
Finnland: Auf dem Weg zu einem Gesellschaftsvertrag für eine nachhaltige Zukunft .....	117
<i>Ingeborg Niestroy, Armando García Schmidt, Andreas Esche</i>	
Ghana: Kurs halten in einem schwierigen Umfeld .....	145
<i>Laura Burke, Armando García Schmidt</i>	
Tasmanien: Die Vision einer nachhaltigen Insel .....	169
<i>Morgan Williams, Ingeborg Niestroy, Céline Diebold, Andreas Esche</i>	

<b>Faktoren einer strategischen und erfolgreichen Nachhaltigkeitspolitik: Was kann Deutschland aus der Länderstudie des RMP 2013 lernen? .....</b>	<b>191</b>
<i>Klaus Jacob, Armando García Schmidt</i>	
<b>Das Kriterienraster .....</b>	<b>203</b>
<b>Arbeitskommission .....</b>	<b>213</b>
<b>Autoren und Team des Reinhard Mohn Preises .....</b>	<b>217</b>

# Ghana: Kurs halten in einem schwierigen Umfeld

Laura Burke, Armando García Schmidt



## Einleitung

### Ghanas Weg zur nachhaltigen Entwicklung

1987 erschien der Brundtland-Bericht und weltweit bekannten sich nach und nach immer mehr Länder zu den Prinzipien nachhaltiger Entwicklung. Ghana zählte damals in dieser Hinsicht noch zur tiefsten Provinz auf einem hoffnungslosen Kontinent. Sollte sich je ein afrikanisches Land als Modellfall für nachhaltige Entwicklung qualifizieren, so war Ghana eines der letzten, das dafür infrage gekommen wäre. Das Land war immer noch eine Militärdiktatur. Erst fünf Jahre später, 1992, fanden die ersten Mehrparteienwahlen statt und es sollte noch viele weitere Jahre dauern, bis sich eine demokratische Kultur – Grundvoraussetzung für nachhaltige Entwicklung – herausgebildet hatte.

Seit 1992 aber hat Ghana beachtliche Fortschritte erzielt. Begünstigt durch sechs freie und faire Wahlen in Folge, aber auch durch die kürzlich entdeckten Erdölvorkommen, hat sich das Land zu einem Musterbeispiel wirtschaftlichen Erfolgs und verantwortungsvoller Regierungsführung in einer unruhigen Region gemausert. In diesem regionalen Kontext ist Ghana auch zu einem Vorbild nachhaltiger Entwicklung geworden. Bemühungen zu einer durchgängigen Berücksichtigung des Prinzips der Nachhaltigkeit sind zwar recht neu, doch immerhin wurde es von der Regierung Ghanas – unterstützt und beeinflusst durch Zivilgesellschaft und Entwicklungspartner – in den Nationalen Entwicklungsplan aufgenommen und steht damit im Kern der Entwicklungsbemühungen des afrikanischen Staates. Die Regierung legte zudem ein richtungsweisendes Gesetz über erneuerbare Energien vor und schuf oder stärkte Umweltaufsichtsbehörden, die den Rückhalt wichtiger Führungspersonlichkeiten haben. Die Armut konnte seit 1992 halbiert werden. Seit dem Jahr 2000 hat die Regierung darüber hinaus verschiedene soziale Sicherungsprogramme auf den Weg gebracht. Ghana hat somit die Grundlagen für eine soziale Entwicklung geschaffen – damit scheint das neue Ölförderland dem »Ressourcenfluch« entgehen zu können, der auf Nachbarländern wie Nigeria lastet.

Trotz eines starken politischen Orientierungsrahmens haben Bevölkerungsdruck und wirtschaftlicher Erfolgszwang in Ghana zu erheblichen Umweltzerstörungen geführt. Die natürlichen Ressourcen des Landes, insbesondere seine Wälder und Wasserwege, sind massiv von Abholzung, illegalem Bergbau und Überfischung bedroht. Im Bereich der Abwasser- und Abfallwirtschaft bleibt Ghana hinter vielen Nachbarländern zurück. Und zahlreiche arme Ghanaer warten noch immer darauf, dass die Segnungen des wirtschaftlichen Aufschwungs bei ihnen ankommen. Und dennoch hat Ghana bereits viel erreicht und – vor allem im regionalen und historischen Vergleich – beachtliche Schritte in Richtung Nachhaltigkeit getan.

### Stabilität und Wachstum in einer turbulenten Region

Ghana, in Westafrika am Golf von Guinea gelegen, ist ein Staat mit rund 25 Millionen Einwohnern und einer Fläche von knapp 240.000 Quadratkilometern. Von der Fläche her ist Ghana etwa mit dem Vereinigten Königreich vergleichbar. Von den Kolonisatoren wurde die frühere britische Kolonie als »Goldküste« bezeichnet. Grund dafür waren die reichen, erstmals im 15. Jahrhundert entdeckten Goldvorkommen. Amtssprache ist Englisch, insgesamt gibt es in Ghana 79 lokale Sprachen.

1957 errang Ghana als erstes Land südlich der Sahara die Unabhängigkeit von seiner Kolonialmacht. Die Hoffnungen auf Wohlstand zerschlugen sich allerdings 1966 mit einem Militärputsch, der eine lange Periode politischer Unterdrückung und wirtschaftlicher Stagnation einleitete. Zwischen 1966 und 1981 erlebte Ghana fünf Staatsstrieche. Doch 1992 hielt Präsident Jerry John Rawlings, der zuvor elf Jahre mittels Notverordnungen regiert hatte, Mehrparteienwahlen ab. Rawlings gewann, gab dem Land eine neue Verfassung und trat im Jahr 2000 nach zwei Amtsperioden ab.

Seit Ende der Rawlings-Ära hat Ghana einen rasanten demokratischen und wirtschaftlichen Aufschwung genommen und gilt heute in Westafrika als Leuchtturm der Demokratie. Es ist eine aktive demokratische Kultur entstanden, die sich insbesondere in Form einer starken Zivilgesellschaft, einer lebendigen öffentlichen Diskussionskultur und weitestgehend freier Medien äußert. Zivilgesellschaftliche Gruppen tragen heute wesentlich dazu bei, die Regierung zu einer Politik zu bewegen, die gleichermaßen Armutsbekämpfung und Umweltschutz bedenkt. Hierauf wird später ausführlicher eingegangen.

Überdies hat sich, wie in den letzten Jahren deutlich wurde, ein allgemeines Bekenntnis zur Wahrung nationalen Friedens herausgebildet. So blieb Ghana auch ruhig, als die heutige Regierungspartei bei der Präsidentschaftswahl 2008 mit weniger als einem Prozent Vorsprung gewann oder als Präsident John Atta Mills im Juli 2012 unerwartet starb. Haben ähnliche Ereignisse anderswo in der Region zu chaotischen Verhältnissen geführt und damit langjährige Entwicklungsbemühungen auf einen Schlag zunichtegemacht, war das in Ghana anders: Der dauerhafte Frieden im Land hat vor allem für die Wirtschaft ein entwicklungsförderndes Umfeld geschaffen.

Ghanas Wirtschaft nimmt mit einem BIP von 39 Milliarden Dollar nach Nigeria Rang zwei in Westafrika ein. Die rasante ökonomische Entwicklung des Landes in den letzten Jah-



ren wurde laut Weltbank vor allem durch die Erdöl- und Bauindustrie, die Transportwirtschaft sowie die Informations- und Kommunikationstechnologie angetrieben. Erstmals entdeckt wurde Erdöl vor Ghanas Küste 2007 während der Regierungszeit des früheren Präsidenten John Kuffour; die Förderung begann im Dezember 2010. Im Jahr darauf verzeichnete Ghana bereits ein Wirtschaftswachstum von 14,4 Prozent und war damit eine der am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt. Das Pro-Kopf-Einkommen lag 2011 bei 1.570 Dollar (World Bank 2012). Im Juli 2011 stufte die Weltbank Ghana von einem Land mit geringem Einkommen auf eines mit mittlerem Einkommen (unterer Teil) hoch. Aber sie merkte auch an, dass Ghana 26 Milliarden Dollar in die Entwicklung von Infrastruktur wie Straßen und Stromversorgung investieren müsse, um sein Wirtschaftswachstum aufrechtzuerhalten. 2012 wuchs Ghanas Wirtschaft um acht Prozent.

Nach wie vor einer der größten Goldproduzenten auf dem Kontinent, exportiert Ghana außerdem Rohöl, Holz, Kakao, Diamanten, Bauxit und Mangan. 60 Prozent der Auslandsdirektinvestitionen fließen in die Rohstoffindustrie. Bei einer derartigen Wirtschaftsstruktur findet, wie die UNDP mahndend feststellt, »fast keine Wertschöpfung statt und die Umweltkosten sind erheblich« (UNDP 2012). Die Landwirtschaft, vor allem die Subsistenzlandwirtschaft, bildet das Hauptstandbein der arbeitenden Bevölkerung. Sie ist zur Hälfte in diesem Bereich tätig.

Der Wohlstand im Land ist relativ ungleich verteilt, mit einem Gini-Koeffizienten von über 40. Der trockene Norden des Landes, in dem der Großteil der Muslime lebt, leidet unter endemischer Armut und ist von sozialer Unterentwicklung gekennzeichnet. Infrastruktur und Versorgung sind im Süden besser, vor allem im Umkreis der Hauptstadt.



Viele der Schwierigkeiten und Erfolge Ghanas in den letzten Jahren spielten sich im Bereich der Energieversorgung ab, die mit der steigenden Nachfrage nicht mithalten konnte. Derzeit kommen laut Angaben des Energieministeriums 60 Prozent des Stroms in Ghana aus Wasserkraftwerken, 40 Prozent aus Wärmekraftwerken. Ghana hatte in der Vergangenheit Probleme damit, den Nachschub des Erdgases sicherzustellen, mit dem die meisten seiner Wärmekraftwerke betrieben werden. Das Versorgungsproblem verschärfte sich noch, als im August 2012 die westafrikanische Gaspipeline, über die das Gas von Nigeria nach Ghana, Togo und Benin transportiert wird, nach einem Schadensfall in Togo gesperrt wurde. Die Kombination von steigender Nachfrage und Gasmangel zwang die ghanaische Regierung, ein Lastabwurf-Programm einzurichten.

Blackouts sind in zahlreichen Vierteln der Hauptstadt ein wöchentlich, wenn nicht täglich auftretendes Ereignis und viele Firmen sind auf Generatoren angewiesen. 2009 verfügten nur 60 Prozent der Bevölkerung über einen Stromanschluss (World Bank 2009). Ab 2013 will Ghana allerdings sein eigenes Erdgas produzieren. Die Vorräte dürften zwar nicht ausreichen, die Krise zu lösen, doch soll damit ein neues Geothermiekraftwerk betrieben werden. Außerdem erschließt die Regierung weitere Energiequellen in Form von Wasserkraft und erneuerbaren Energien.

Was den Zugang zu Bildung betrifft, so beträgt die Einschulungsrate in Ghana nahezu 100 Prozent. Der Besuch der Grundschule ist kostenlos und es gibt freie Mahlzeiten und Grattisschulfahrten. Das sind zweifellos bemerkenswerte Errungenschaften; jedoch bedeutet der überwältigende Zuspruch eine gewaltige Belastung für Lehrer und die Grundschulinfrastruktur.

## Programme und Strategien nachhaltiger Entwicklung im historischen Kontext

### Frühe politische Entwicklungen

Einen Pfad nachhaltiger Entwicklung hat Ghana erst spät eingeschlagen – mit der Einbeziehung der Prinzipien nachhaltiger Entwicklung in den Nationalen Entwicklungsplan von 1996. Bevor wir die Entstehung dieses Plans im Detail erörtern, skizzieren wir zunächst die Entwicklung früher umweltpolitischer Regulierungsmaßnahmen und die Entstehung der mit dem Nationalen Entwicklungsplan betrauten Behörde.



Vorweg sei festgestellt, dass Ghana infolge seiner 20-jährigen guten Regierungs- und Stabilitätsbilanz zu einem attraktiven Arbeitsumfeld für NGOs und internationale Entwicklungspartner geworden ist. Ghana hat heute – wie es ein Diplomat ausdrückte – eine »gut entwickelte Geberarchitektur« und diese Geber sind neben der Zivilgesellschaft immer noch ein wesentlicher Gestaltungsfaktor der Regierungspolitik. Tatsächlich lassen sich viele der heutigen Nachhaltigkeitsstrategien und -programme in Ghana auf den Einfluss von Entwicklungspartnern zurückführen.

Einige umweltpolitische Regulierungsmaßnahmen wurden bereits Anfang des 20. Jahrhunderts durch die Briten eingeführt. Dabei handelte es sich vor allem um die Schaffung von Wald- und Wasserschutzgebieten. Für die Ausbeutung der Forst- und Bodenschatzbestände aber gab es während des größten Teils des 20. Jahrhunderts fast keine gesetzlichen Hindernisse. Die Anfänge der heutigen Umweltvorschriften in Ghana gehen in die frühen 1970er-Jahre zurück, als das Land den Internationalen Währungsfonds (IWF) um Wirtschaftshilfe ersuchte und dieser dafür auf eine umfassende Umweltgesetzgebung drängte.

1974 wurde der Umweltschutzrat (Environmental Protection Council) gegründet, der 1989 Richtlinien für die Beurteilung der Umweltverträglichkeit erstellte. Der Umweltschutzrat war allerdings eher machtlos und zu diesem Zeitpunkt hatten Bergbau, Abholzung und die sich ausbreitende Landwirtschaft – nicht nur während der Kolonialzeit, sondern auch nach 1957 – Ghanas natürlicher Umwelt bereits schwere Schäden zugefügt. Zu einer Stärkung der umweltrechtlichen Möglichkeiten kam es 1994 mit der Einrichtung der Umweltschutzagentur (Environmental Protection Agency, EPA) durch das Parlament. Die EPA wurde mit der Befugnis ausgestattet, Vorschriften zu erlassen, Lizenzen zu entwickeln und Genehmigungen zu erteilen.

Zwischen 1999 und 2012 wurde die EPA maßgeblich durch die niederländische Regierung unterstützt. Diese half beim Ausbau von Kapazitäten und bei der Entwicklung von Verfahren und Techniken der Umweltverträglichkeitsprüfung. Von den Niederlanden unterstützte Projekte waren u. a. das Ghana Environmental Assessment Capacity Development Project (1999–2001), die strategische Umweltprüfung der ghanaischen Armutsminderungsstrategie (Phase I und II, 2002–2004) und das Ghana Environmental Assessment Support Project (2005–2007).

Die Entstehung der Nationalen Entwicklungsplanungskommission (National Development Planning Commission, NDPC) reicht in das Jahr 1987 zurück, als ein ungarisches Beratungsteam (Tesco) im Auftrag des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) vorschlug, im Zuge der Dezentralisierungspolitik ein effizientes Entwicklungsplanungssystem einzurichten. Die Vorschläge von Tesco wurden 1987 in einem von hochrangigen ghanaischen Regierungsbeamten besuchten Workshop vorgestellt und erörtert. Und noch im selben Jahr fiel auch die Entscheidung zur Gründung der NDPC. Formell installiert wurde die Kommission allerdings erst 1995 durch den damaligen Präsidenten Jerry John Rawlings. Laut Website der Kommission besteht ihre Aufgabe darin, »den ghanaischen Präsidenten in Fragen der Entwicklungspolitik und Entwicklungsstrategie zu beraten und für die effiziente Umsetzung staatlicher Pläne und Strategien zu sorgen« (NDPC 2013).

### Die Herausbildung von Strategien und Programmen nachhaltiger Entwicklung

Im Lauf der letzten Jahre hat sich Ghana einen Ruf für strenge Richtlinien und Maßnahmen in Bereichen erworben, die von Belang für eine nachhaltige Entwicklung sind. Das Land hat die rechtlichen Grundlagen für eine Reihe politischer Weichenstellungen geschaffen, die gemeinhin als Best Practices in ihrem Bereich gelten. Dazu gehören vor allem das Gesetz für Erneuerbare Energien von 2011 und das ebenfalls 2011 verabschiedete Gesetz zur Verwaltung der Erdöleinnahmen (Petroleum Revenue Management Act). Darüber hinaus hat sich Ghanas nationales Entwicklungsplanungssystem in Richtung auf eine durchgängige Verankerung von Nachhaltigkeitsaspekten fortentwickelt.

Angesichts des wachsenden Energiebedarfs und der Unzuverlässigkeit der Erdgaslieferungen aus Nigeria hat Ghana begonnen, sich Alternativen, u. a. auch erneuerbaren Energien zuzuwenden. 2010 richtete der ehemalige Energieminister ein Direktorat für erneuerbare Energien ein und 2011 verabschiedete das Parlament das Gesetz für Erneuerbare Energien. Das Gesetz schafft die notwendigen rechtlichen und ordnungspolitischen Voraussetzungen für den Ausbau der erneuerbaren Energien im Land. Seine Bestimmungen umfassen die Förderung von Biodiesel, die Verpflichtung großer Stromverbraucher, einen gewissen Anteil an erneuerbaren Energien abzunehmen, Maßnahmen zu einem nachhaltigen Umgang mit Brennholz und die Schaffung eines Fonds für erneuerbare Energien. Alle diese Maßnahmen sollen dazu dienen, günstige Rahmenbedingungen für die Entstehung eines Erneuerbare-Energien-Sektors in Ghana herzustellen.

Im November 2012 setzte sich die Regierung das ehrgeizige Ziel, den Vertrieb und Verbrauch erneuerbarer Energien im Land von aktuell einem Prozent (ohne Wasserkraft) auf zehn Prozent im Jahr 2020 zu steigern. Darüber hinaus hat Ghana einen starken Gesetzesrahmen für den Umgang mit seinen Erdöleinnahmen geschaffen, der sich an der norwegischen Gesetzgebung orientiert und von vielen als eine Verbindung der bewährtesten Regulierungsverfahren angesehen wird.

Der Rohstoffreichtum im subsaharischen Afrika hat oftmals eher die Korruption gefördert, bewaffnete Konflikte geschürt und die Umwelt zerstört, als breiten Kreisen der Bevölkerung Wohlstand zu bescheren. Reichtum an Bodenschätzen führt häufig zu einem großen Wohlstandsgefälle. So lebten etwa im ölreichen Äquatorialguinea 2010 geschätzte 75 Prozent der Bevölkerung von weniger als 700 Dollar im Jahr, wogegen sich das Land eines durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens von 35.000 Dollar rühmte, dem höchsten in ganz Afrika. Als 2007 vor der Küste Ghanas Öl entdeckt wurde, entspann sich sofort eine hitzige öffentliche Debatte darüber, wie das Land derartige Zustände vermeiden könne.

Nach der Entdeckung des Jubilee-Ölfelds reisten daher ghanaische Regierungsvertreter in Öl produzierende Länder in aller Welt, u. a. nach Nigeria, Norwegen und in die Vereinigten Staaten, um sich ein Bild von den Best Practices in diesem Bereich zu machen und letztlich einen Gesetzesrahmen zu schaffen, der es Ghana erlauben sollte, dem »Ressourcenfluch« zu entgehen. In einer Präsentation erklärte das Ministerium für Finanzen und Wirtschaftsplanung: »Die Lehren aus anderen Ländern können Ghana dabei helfen, die negativen Folgen abzuschwächen und dafür zu sorgen, dass die Erdöleinkünfte die wirtschaftliche Entwicklung fördern und zum Wohle gegenwärtiger und künftiger Generationen beitragen« (GH-MFEP 2011).

Die Erdölförderung in Ghana begann im Dezember 2010 und 2011 verabschiedete das Parlament den Petroleum Revenue Management Act. Das Gesetz soll »die rechtlichen Rahmenbedingungen schaffen für eine verantwortungsvolle, transparente, nachvollziehbare und nachhaltige Erhebung, Verteilung und Verwaltung der Erdöleinnahmen, die allen Bürgern Ghanas zugutekommt« (ebd.). Es befindet sich in Einklang mit international anerkannten Grundsätzen für Staatsfonds wie den »Allgemein akzeptierten Prinzipien und Praktiken« (GAPP), den sogenannten Santiago-Prinzipien.

Das Gesetz beinhaltet die Einrichtung des Ghana Stabilization Fund und des Ghana Heritage Fund, zweier Staatsfonds, die sich ebenfalls als Bestandteil der nachhaltigen Entwicklung betrachten lassen. Der Stabilisierungsfonds soll in Zeiten unvorhergesehener Einbrüche der Erdöleinnahmen dazu beitragen, die staatliche Ausgabenkapazität aufrechtzuerhalten. Der Heritage-Fonds hat das Ziel, »Rücklagen zu bilden, um die Entwicklung künftiger Generationen nach Erschöpfung der Erdölreserven zu stützen« (GH-PRMA 2011). Laut Gesetz sollen rund 16 bzw. vier Prozent der Erdöleinnahmen in den Stabilisierungs- respektive Heritage-Fonds fließen.

Ghanas Entwicklungsplanung blickt auf eine lange Reihe von Stabilisierungsprogrammen zurück, die 1983 mit den vom IWF und der Weltbank gestützten Konjunktur- bzw. Strukturanpassungsprogrammen (1983–1999) begannen. Diese Pläne hatten vornehmlich zum Ziel, Ghana in die Marktwirtschaft zu überführen und den privaten Sektor als nachhaltigen Wachstumsmotor aufzubauen. Experten betrachten diese frühen Entwicklungspläne allerdings nicht als Teil einer nachhaltigen Entwicklung.

Ghanas erste nationale Strategie für nachhaltige Entwicklung war die 1996 angenommene »Vision 2010«. Diese wurde im Jahr 2000 durch die erste von mehreren Strategien zur Armutsminderung ersetzt, die sich auf die drei Säulen nachhaltiger Entwicklung (Umwelt,



Wirtschaft und Soziales) zu stützen versuchte. Schwerpunkte des ersten Programms, der Ghana Poverty Reduction Strategy I (GPRS I) für 2003 bis 2005, waren solide wirtschaftliche Führung zur Wachstumsankurbelung, Produktionssteigerung und Aufbau nachhaltiger Lebensgrundlagen, Förderung von Personalentwicklung und Bereitstellung grundlegender öffentlicher Versorgungsleistungen, Spezialprogramme für Schutzbedürftige und Ausgegrenzte, verantwortungsbewusste Regierungsführung und Erhöhung von Entwicklungskapazitäten im öffentlichen und privaten Sektor. Die Umweltsäule in der GPRS I war zwar noch wenig ausgeprägt, doch wurde 2004 mit Unterstützung mehrerer Geber eine Strategische Umweltprüfung (SUP) des Plans durchgeführt.

Der nächste Entwicklungsplan, die GPRS II für 2006 bis 2009, strebte eine verbesserte Integration der drei Säulen nachhaltiger Entwicklung an. Behandelte z. B. die GPRS I die Themen »Umwelt« und »Gender« noch als eigene Bereiche, so bezog die GPRS II die beiden Themen durchgehend in ihre Entwicklungsstrategien mitein. Ein weiterer Fortschritt in der GPRS II war die durchgängige Berücksichtigung der Millennium-Entwicklungsziele (MDGs). Die GPRS II verschob den Fokus außerdem auf die Ankurbelung des Wirtschaftswachstums, mit dem Ziel, Ghana in einem klar begrenzten Planungszeitraum auf ein mittleres Einkommensniveau anzuheben. Der aktuelle Entwicklungsplan, die Ghana Shared Growth and Development Agenda (GSGDA) 2010–2013, weist eine noch weitergehende Integration der drei Säulen nachhaltiger Entwicklung auf und hat Generationengerechtigkeit als Schwerpunkt.

### Konzeptuelle Ausrichtung und Ziele der Ghana Shared Growth and Development Agenda

Die GSGDA 2010–2013 baut vornehmlich auf Grundsätzen auf, die im Manifest der aktuellen Regierungspartei, der »Better Ghana Agenda«, aufgestellt wurden. Diese im Wahlkampf des früheren Präsidenten John Atta Mills vorgelegte Agenda wird auch vom gegenwärtigen Präsidenten und früheren Vizepräsidenten John Dramani Mahama aufrechterhalten. An der Formulierung der GSGDA waren allerdings auch zivilgesellschaftliche Organisationen und internationale Entwicklungspartner beteiligt.

Die GSGDA ist die erste Phase des Coordinated Program of Economic and Social Development Policies (2010–2016), das der frühere Präsident John Atta Mills 2010 dem Parlament vorlegte. Die Agenda gibt die Richtung für einen raschen wirtschaftlichen Strukturwandel vor und setzt dabei auf die Modernisierung der Landwirtschaft und eine nachhaltige Bewirtschaftung der Rohstoffe. Betont wird die Notwendigkeit fortgesetzter makroökonomischer Stabilität und einer verbesserten Effizienz, Transparenz und Rechenschaftspflicht der Verwaltung als Voraussetzung für die Bekämpfung von Armut und geographischen Einkommensunterschieden.

Die Zielvorstellung der GSGDA entspricht der in der Verfassung Ghanas niedergelegten Aufforderung zur »Schaffung einer gerechten und freien Gesellschaft, in der jeder Ghanaer die Chance auf ein langes, produktives und sinnerfülltes Leben hat«, wie es auf der Website der Nationalen Entwicklungsplanungskommission heißt. Übergeordnetes Ziel der Agenda ist die Ankurbelung des Wirtschaftswachstums zu dem Zweck, mehr Arbeitsplätze zu schaffen, mehr Einkommen zu generieren und die Armut zu verringern. Die Ziele der Agenda sind



rechtsverbindlich und in den Directive Principles for State Policy verankert, welche die Regierung dazu verpflichten, eine Politik zu betreiben, die zur Verwirklichung ihrer Zielvorstellungen führt.

Politische Maßnahmen, die als geeignet zur Erreichung dieses übergeordneten Ziels angesehen werden, sind in sieben thematische Schwerpunkte gegliedert:

- Sicherung und Erhaltung der makroökonomischen Stabilität;
- Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit von Ghanas Privatwirtschaft;
- Verstärkte Modernisierung der Landwirtschaft und nachhaltiges Ressourcenmanagement;
- Entwicklung des Erdöl- und Erdgasbereichs;
- Infrastruktur- und Siedlungsentwicklung;
- Humanentwicklung, Produktivität und Beschäftigung;
- Transparente und rechenschaftspflichtige Regierungsführung.

Weitere wichtige Problemfelder wie Geschlechtergleichstellung, Bevölkerungswachstum, Umweltbelastung, Hilfsbedürftigkeit und soziale Ausgrenzung wurden durchgehend in die genannten Themenschwerpunkte integriert. Sämtliche Ziele sind mit mess- und quantifizierbaren Zielvorgaben verbunden und in dem von der Nationalen Planungskommission erstellten 212-seitigen Papier »Medium Term National Development Policy Framework, Ghana Shared Growth and Development Agenda (GSGDA), 2010–2013, Volume I: Policy Framework« detailliert ausgeführt.

Kurz dargestellt lauten die allgemeinen Ziele in den einzelnen Bereichen wie folgt (NDPC 2010):

- *Sicherung und Erhaltung der makroökonomischen Stabilität*: Erreichung eines Pro-Kopf-Einkommens von mindestens 1.567 Dollar bis 2013 und Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) bis 2015.

- *Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit von Ghanas Privatwirtschaft:* Entwicklung lebensfähiger und effizienter Mikro-, Klein- und Mittelbetriebe; Ankurbelung der Industrieentwicklung; Ausbau der Tourismusindustrie und Förderung der Kreativwirtschaft.
- *Verstärkte Modernisierung der Landwirtschaft:* Vorantreiben der Modernisierung der Landwirtschaft durch Umsetzung der Food and Agriculture Sector Development Policy (FAS-DEP II) und des damit verbundenen, im Medium-Term Agricultural Sector Investment Plan (METASIP) genau ausgearbeiteten Investitionsplans; Herbeiführung einer effizienten Verknüpfung von Landwirtschaft und Industrie.
- *Nachhaltiges Ressourcenmanagement:* Verbesserung des sektorübergreifenden Umweltmanagements; Anpassung an die Folgen von Klimaschwankungen und Klimawandel sowie Verringerung der Anfälligkeit dafür; Erhaltung und Erweiterung von Schutzgebieten; Eindämmung des Verlusts an Artenvielfalt; Förderung einer nachhaltigen Bewirtschaftung und Verwertung der Bodenschätze; Einbeziehung des Wassers ins Ressourcenmanagement; Verbesserung der Bürgerbeteiligung am Umwelt- und Ressourcenmanagement; Milderung der Folgen von Naturkatastrophen.
- *Entwicklung des Erdöl- und Erdgasbereichs:* Schaffung von Arbeitsplätzen; effiziente und transparente Verwaltung der Einkünfte; wirtschaftliche Diversifizierung; Kapazitätenausbau; Erweiterung des Zugangs zu Erdölprodukten bei gleichzeitigem Umweltschutz.
- *Infrastruktur:* Ausbau der Transport-, Energie- und Versorgungsinfrastruktur zur Unterstützung von Industriebetrieben und Haushalten; Förderung von Wissenschaft, Technik und Innovation; Entwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie; Siedlungsentwicklung; Verbesserung der Wasserversorgung, der umweltgerechten Abwasserentsorgung und der Hygieneinfrastruktur.



Die *Energiepolitik* zielt hauptsächlich auf Verbesserung der Energieversorgung zur Unterstützung von Industriebetrieben und Haushalten; weitere Erschließung thermischer, erneuerbarer, nuklearer und geothermischer Energiequellen; Energieeffizienz und Energieeinsparung; Schaffung eines adäquaten ordnungspolitischen Rahmens; Mobilisierung von Investitionen zum Ausbau des Energiesektors; Personalentwicklung; Forschung und Entwicklung.

- *Siedlungsentwicklung*: Verbesserung der Raum- und Flächennutzungsplanung, Stadtentwicklungs- und Stadtplanungsverfahren sowie von Wohn- oder Unterkunftsverhältnissen; Slumsanierung; Verbesserung der Katastrophenvorbeugung; Schaffung institutioneller Voraussetzungen zur Realisierung von Siedlungsentwicklungen; Verbesserung der Wasserversorgung, der umweltgerechten Abwasserentsorgung und der hygienischen Verhältnisse.
- *Humanentwicklung, Produktivität und Beschäftigung*: Maßnahmen im Bildungsbereich; Personalentwicklung, Produktivität und Beschäftigung; Verbesserung der Gesundheit inklusive HIV/AIDS und anderer sexuell übertragbarer Krankheiten; Bevölkerungsmanagement samt Migrations- und Entwicklungsproblematik; Jugend und Sport; Alterung; Behinderung; Armutsbekämpfung und Sozialschutz. In der Bekämpfung von Entwicklungsungleichgewichten legt Ghana den Akzent auf die Verringerung regionaler Ungleichheiten. Dazu werden im ganzen Land staatliche Behörden für Sonderentwicklungszonen eingerichtet, wie etwa die Savannah Accelerated Development Authority (SADA), die Western Corridor Authority oder die Eastern Corridor Authority. Mit der Schaffung der Zonen geht ein Plan zur rascheren Umsetzung der nationalen Sozialschutzstrategie und zu einer Revision der allgemeinen Richtlinien des nationalen Sozialschutzes einher. Zur Bekämpfung der steigenden Arbeitslosigkeit, insbesondere unter Jugendlichen, werden Beschäftigungsfragen auf allen Ebenen in die Entwicklungsplanung einbezogen.
- *Transparente und rechenschaftspflichtige Regierungsführung*: Vertiefung der demokratischen Praxis und der institutionellen Reformen; lokale Verwaltung und Dezentralisierung; Reform der staatlichen Verwaltung und des öffentlichen Sektors; Ausweitung der Kommunikation über Entwicklungsfragen; Einbeziehung von Frauen in Regierung und Verwaltung; Bekämpfung von Korruption und Wirtschaftskriminalität; Verbesserung der Rechtsstaatlichkeit, der öffentlichen Sicherheit, des Zugangs zu Rechten und Ansprüchen, der nationalen Entwicklungskultur, der innen- und außenpolitischen Beziehungen, der entwicklungsfördernden Migration sowie der evidenzbasierten Entscheidungsfindung.

Zur Messung der Fortschritte in der Umsetzung des Plans werden 315 quantitative Indikatoren eingesetzt, die in den grundlegenden Richtlinien der GSGDA detailliert aufgelistet sind. Wie Tabelle 1 zeigt, wurden 2011 bei 36,8 Prozent dieser 315 Indikatoren Fortschritte erzielt, während dies 2010 nur bei 28,6 Prozent der Fall war.

Nach Schätzungen der Regierung sind zur Umsetzung der GSGDA 23,9 Milliarden Dollar an Sachleistungen und Investitionsausgaben erforderlich. Vorrang bei den öffentlichen Ausgaben haben Landwirtschaft, Infrastruktur (einschließlich der Entwicklung des Öl- und Gassektors), Gesundheit, Müll- und Abwasserentsorgung, Wasserversorgung und Bildung. Alles in allem würden bei Umsetzung der Strategie 39 Prozent der Ausgaben auf die Infrastruktur,

25 Prozent auf die Humanentwicklung, 15,1 Prozent auf den Öl- und Gassektor und 4,1 Prozent auf die Landwirtschaft entfallen.

Der Umsetzung der Strategie stehen allerdings einige Budgetprobleme im Weg. Im Februar 2013 gab die Bank of Ghana zur allgemeinen Überraschung bekannt, das Land weise ein Budgetdefizit von 12,4 Prozent auf. Nach Meinung einiger Analytiker wird die Regierung nicht die Mittel aufbringen können, um den Entwicklungsplan zur Gänze umzusetzen.

**Tabelle 1: Zusammenfassung der Zielerreichung mit Blick auf die Indikatoren 2010, 2011**

Themenfeld	Ziel erreicht/ deutlicher Fortschritt	Stetiger Fortschritt	Ziel nicht erreicht/ langsamer Fortschritt	Keine Daten	Erfasste Indikatoren gesamt 2011	Erfasste Indikatoren gesamt 2010	Anteil erreichter Ziele/stetigen Fortschritts (in %)	
							2010	2011
Makroökonomische Stabilität	17	4	10	6	37	37	54	56.8
Wettbewerbsfähigkeit der Privatwirtschaft	10	2	4	6	22	22	64	54.5
Modernisierung der Landwirtschaft und des Ressourcen- managements	26	15	14	17	72	72	50	56.9
Entwicklung des Öl- und Gasbereichs	7	1	3	1	12	9	56	66.7
Infrastruktur und Siedlungsentwicklung	19	7	20	5	51	54	85	51.0
Humanentwicklung, Produktivität und Beschäftigung	15	12	18	5	50	50	38	54.0
Transparente und rechenschaftspflichtige Regierungsführung	22	22	17	10	71	71	54	62.0
Gesamt	116	63	86	50	315	315	57	56.8

Quelle: NDPC 2012

## Prozess der Umsetzung

### Institutionalisierung von Nachhaltigkeit

Im Verlauf der letzten 20 Jahre hat Ghana eine Reihe von Institutionen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung geschaffen und/oder gestärkt. Dazu gehören u. a. die Nationale Entwicklungsplanungskommission (NDPC), ein »Grünes Kabinett«, das Ministerium für Umwelt, Wissenschaft und Technik, die Umweltschutzagentur (EPA) und das kürzlich eingerichtete Direktorat für erneuerbare Energien innerhalb des Energieministeriums. Zur Institutionalisierung von Nachhaltigkeit hat ferner auch die Entstehung einer aktiven Zivilgesellschaft beigetragen, die im nächsten Unterkapitel näher behandelt wird.



Die NDPC ist ein Teil der Exekutive und berät den Präsidenten in Fragen der Entwicklungsplanung und Entwicklungsstrategie. Zu den Aufgaben, die sie auf Anweisung des Präsidenten, des Parlaments oder auf eigene Initiative auszuführen hat, gehören u. a.: die Durchführung strategischer Analysen makroökonomischer und struktureller Reformmöglichkeiten; die Erstellung von Vorschlägen zur Entwicklung rollierender Mehrjahrespläne; die Ausarbeitung von Vorschlägen zum Natur- und Umweltschutz, um zu gewährleisten, dass Entwicklungsstrategien nicht den Grundsätzen der Umweltverträglichkeit zuwiderlaufen; die Ausarbeitung von Vorschlägen zur Sicherung einer ausgeglichenen Entwicklung der Distrikte Ghanas; die Überwachung, Evaluierung und Koordinierung der Entwicklungsstrategien, -programme und -projekte; die Vorbereitung übergreifender nationaler Entwicklungspläne. Die Kommission veröffentlicht einmal im Jahr einen umfassenden Bericht über Fortschritte in der Umsetzung aller gesetzten Ziele.

Die NDPC arbeitet bei der Planung, Koordination und Überwachung von Entwicklungsmaßnahmen mit allen Ebenen der Regierung zusammen: dem Präsidenten, den Ministerien, den regionalen Koordinationsstellen und Distriktversammlungen. Vision 2020, GPRS I und II sowie GSGDA bedienen sich bei der Ausarbeitung der Strategien auch sektorübergreifender Planungsgruppen (CSPGs) als effizienter Methode zur Herstellung von Synergien zwischen einzelnen Projekten und Programmen.

Ferner hat die ghanaische Regierung institutionelle Voraussetzungen zur Verbesserung der Kooperation zwischen Ministerien mit wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Agenden geschaffen, wozu insbesondere das als »Grünes Kabinett« bezeichnete Environmental and Natural Resources Management Team zählt. In dem vom früheren Vizepräsidenten (und heutigen Präsidenten) John Dramani Mahama gegründeten Team sitzen Minister aus wirtschafts- wie umweltrelevanten Ministerien. Die einmal im Monat tagende Gruppe trägt zur Integration der Wirtschafts- und Umweltziele Ghanas bei und hilft, Konflikte zwischen den Ministerien zu vermeiden.

In Ghana ist es gesetzlich vorgeschrieben, alle Projekte und Programme entweder einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) oder einer strategischen Umweltprüfung (SUP) zu unterziehen. 1995 wurden die Richtlinien für die UVP erlassen, die gesetzliche Regelung der Umweltprüfungsvorschriften erfolgte 1999. Die Weltbank hatte zu Beginn der 2000er-Jahre eine strategische Umweltprüfung (SUP) des Nationalen Entwicklungsplans zu einer der Voraussetzungen für einen Schuldenerlass im Rahmen der Entschuldung hoch verschuldeter Entwicklungsländer gemacht. 2004 bekräftigte der Vizepräsident, dass die Regierung SUPs für sämtliche politische Vorhaben, Pläne und Strategien verpflichtend machen würde. Zwischen 2004 und März 2009 wurden etwa 20 strategische Umweltprüfungen wichtiger politischer Maßnahmen und Strategien durchgeführt (Nelson und Doolan 2012: 73).

Erwähnenswert ist auch, dass Präsident John Atta Mills 2009 das Ministerium für Umwelt, Wissenschaft und Technologie (MEST) neu installierte, nachdem es für diese Agenden drei Jahre lang kein eigenes Ministerium gegeben hatte. Zu den Zuständigkeiten des Ministeriums zählt u. a. die Entwicklung und verstärkte Durchsetzung einer sicheren und gesunden Umweltpolitik.

Die stärkste Umwelteinrichtung ist die dem MEST unterstellte Umweltschutzagentur (EPA). Wie schon oben erwähnt, wurde die Agentur 1994 vom Parlament eingesetzt und mit

der Befugnis ausgestattet, Vorschriften zu erlassen, Lizenzen zu entwickeln und Genehmigungen zu erteilen. Die EPA ist auch zuständig für die Durchführung der UVPs und SUPs. Sie verfügt über ihre eigene Staatsanwaltschaft, sodass sie nicht über den Generalstaatsanwalt gehen muss, um Gesetzesbrecher vor Gericht zu bringen. Im Jahr 2012 verhängte die EPA Geldstrafen über rund 50 Unternehmen und verfügte die Schließung von 18 Unternehmen.

2009 führte die EPA überdies das AKOBEN-Programm ein, ein Umweltsicherheitsrating und eine Initiative zur Aufdeckung und Anprangerung von Umweltsündern. Im Rahmen des Programms wird die Umweltsicherheit von Bergbau- und Fertigungsbetrieben in einem fünfstufigen, von »vortrefflich« bis »ungenügend« reichenden Ratingsystem mit unterschiedlichen Farben bewertet. Die Ratings werden einmal im Jahr der Öffentlichkeit und den Medien vorgestellt, um das allgemeine Bewusstsein zu stärken und die öffentliche Diskussion anzufachen.

Eine weitere Institution zur Erreichung einer besseren Nachhaltigkeit im Umweltbereich ist das im Dezember 2010 im Energieministerium eingerichtete Direktorat für Erneuerbare Energien. Das Direktorat konzentriert sich auf die Entwicklung und Förderung erneuerbarer Energiequellen (wie Brennholz, Wasserkraft, Solar- und Windenergie, Biotreibstoffe, Müllverbrennung oder Zugtiereinsatz) sowie auf die Verbesserung des Zugangs zu nachhaltigen Energieangeboten.

### Beteiligung

In Ghana hat sich seit den ersten Mehrparteienwahlen im Jahr 1992 eine aktive demokratische Kultur herausgebildet. Seit 2000 entstehen die nationalen Entwicklungsstrategien unter Einbeziehung von Grundaspekten guter Regierungsführung wie der Bürgerbeteiligung. Die nationalen Strategien werden zunehmend unter breiter und wirksamer Beteiligung der Öffentlichkeit entwickelt und beinhalten Konsultationen mit Vertretern aus Hochschulen, Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft und anderen Interessengruppen. Befragte Personen aus zivilgesellschaftlichen Organisationen gaben durchweg an, von der Regierung in die Entscheidungsfindung einbezogen zu werden, was darauf schließen lässt, dass bei der Entwicklung effektiver Strategien ein breiter Konsens angestrebt wird. Auch das aktuelle BTI-Ländergutachten der Bertelsmann Stiftung stellt fest, dass Akteure der Zivilgesellschaft ermutigt werden, am Agenda-Setting und an der konkreten Politikformulierung bis zu einem bestimmten Grad mitzuwirken. Dies besonders dort, wo die Regierung auf Transparenz setzt und dringende gesellschaftspolitische Themen adressiert (Bertelsmann Stiftung 2014).

Eine Interviewpartnerin vom West Africa Civil Society Institute bezeichnete die Bürgerbeteiligung in Ghana sogar als »phänomenal«. Sie sagte, die Beziehung zwischen Zivilgesellschaft und Regierung habe sich von einer streitbaren in den 1990er-Jahren hin zu einer kollaborativen gewandelt und die Zivilgesellschaft habe sich »großen Respekt erworben«. Sie wies darauf hin, dass Mitglieder der Zivilgesellschaft auch in Regierungsämtern berufen würden. So kämen z. B. der Politikberater von Präsident Mahama, sein Exekutivsekretär und die Ministerin für Geschlechterfragen, Kinder und Familienschutz aus der organisierten Zivilgesellschaft, waren also zuvor Vertreter von NGOs, die zum Teil sogar in Opposition zu Aspekten der aktuellen Regierungspolitik standen. Dies ist insofern bemerkenswert, als in vielen

afrikanischen Staaten Militärregierungen oder Familiendynastien die Herrschaft beanspruchen, die nur einen abgeschlossenen Zirkel von Vertretern der Elite an Machtprozessen teilhaben lassen.

Ein Beamter des Ministeriums für Umwelt, Wissenschaft und Technologie gab über die Zivilgesellschaft zu Protokoll: »Wenn man sie übergeht, wird sie einem wehtun.« Auch das ist ein Beleg für den Einfluss zivilgesellschaftlicher Organisationen. Manche Thinktanks wie das Center for Democratic Development (CDD), das Institute for Democratic Governance (IDEG), das Institute for Economic Affairs (IMANI) und das Integrated Social Development Center (ISODEC) sind besonders einflussreich geworden. Arbeitnehmer- und Standesvertretungen wie der Gewerkschaftsdachverband, das House of Chiefs oder der Marktfrauenverband werden ebenfalls in die Ausarbeitung von Strategien und Programmen einbezogen.

Das IDEG hat beispielsweise das Bewusstsein für das Problem der Jugendarbeitslosigkeit geschärft und der Regierung Lösungsvorschläge unterbreitet, die zur Schaffung des National Youth Employment Program führten. Das CDD war Gründungsmitglied der Ghana Anti-Corruption Coalition und drängte die Regierung zur gesetzlichen Regelung der Behindertenrechte, was 2006 im »Persons with Disabilities Act« geschah.

Als Ghana 2010 die Revision seiner Verfassung in Angriff nahm, stellte das CDD eine Koalition von zivilgesellschaftlichen Organisationen zur Beratung des Parlaments zusammen. Ein Ausschuss zur Revision der Verfassung führte zwei Jahre lang Konsultationen mit der Öffentlichkeit durch, sodass am Ende Vertreter der Zivilgesellschaft, der Privatwirtschaft, der Arbeitnehmer- und Standesvereinigungen sowie der Regional- und Bundesregierung am Revisionsprozess mitwirkten, der schließlich 2012 abgeschlossen wurde.

Eine breite Palette an Interessengruppen war ab dem Jahr 2000 auch an der Entstehung der verschiedenen Entwicklungspläne des Landes beteiligt: Vertreter von Lokalregierungen, NGOs, Zivilgesellschaft, traditioneller Autorität, der wissenschaftlich-technischen Gemeinschaft sowie von Arbeitnehmer- und Standesverbänden.

Ferner spielte die Öffentlichkeit auch eine bedeutende Rolle bei der Herstellung eines Klimas des Friedens und des offenen Dialogs vor den Wahlen von 2012. Eine zivilgesellschaftliche Organisation, das Institute for Economic Affairs, veranstaltete die drei öffentlichen Präsidentschaftsdebatten vor der Wahl. Zahlreiche Interessenvertreter aus Zivilgesellschaft, Kirchen und traditioneller Autorität wirkten auch am Zustandekommen der Kumasi-Deklaration mit, einer Gewaltverzichtsvereinbarung, die von acht Präsidentschaftskandidaten unterzeichnet wurde.

Mit der Schaffung von Community Resource Management Areas (CREMAs) 2011 und der Gründung des unabhängigen National Forest Forum, das die Forstkommission bei der Forstverwaltung unterstützen soll, räumte die Regierung zudem den Gemeinden auf lokaler Ebene größeres Mitspracherecht im Umgang mit den natürlichen Ressourcen ein.

Einige Unzulänglichkeiten bei der Beteiligung bestehen allerdings noch. Wie das Umweltministerium im Vorfeld der Rio+20-Konferenz feststellte, gibt es Berichte, dass die Teilnehmer oft nicht genügend Zeit zur Vorbereitung haben und wenige Vorinformationen über die zur Debatte stehenden Themen erhalten. Ebenso wurde festgestellt, dass zivilgesellschaftliche Organisationen oft nicht über die Kapazität und die Mittel für eine effektive Mitwirkung an Konsultationsprozessen verfügen.

### Ergebnisse und Erfolge

Ghana hat – wie in der GSGDA und den früheren Strategiepapieren zur Armutsminderung dargelegt – in den letzten Jahren beachtliche Fortschritte in Bezug auf viele Sozial- und Wirtschaftsindikatoren erzielt. Insbesondere sind hier das Erringen makroökonomischer Stabilität, die Halbierung der Armutsrate seit 1992 und die absehbare Verwirklichung einiger Millennium-Entwicklungsziele zu nennen (GH-MEST 2012). Die Umweltsäule bleibt, wie weiter unten näher erläutert wird, die größte Schwachstelle auf Ghanas Weg zur nachhaltigen Entwicklung.

Seit 2010 hat die Wirtschaft Ghanas in allen Bereichen einen großen Sprung vorwärts gemacht; signifikante Kennzahlen sind vor allem das Erreichen einer einstelligen Inflationsrate im Jahr 2011 (9%) und eine hohe Wachstumsrate von acht Prozent 2010 und 14 Prozent 2011 (laut Angaben der Weltbank; World Bank 2012). Zu den bekanntesten Zielen des ghanaischen Entwicklungsplans gehörten das Erreichen eines Pro-Kopf-Einkommens von wenigstens 1.567 Dollar bis zum Jahr 2013, also des Status eines Landes mit mittlerem Einkommen (unterer Teil), sowie die Verwirklichung der Millenniumziele bis 2015. Das erste dieser Ziele erreichte Ghana 2011 schon zwei Jahre früher als geplant, als das BIP pro Kopf auf 1.570 Dollar stieg, nachdem es 2009 noch 1.090 Dollar betragen hatte (World Bank 2012).

Der Anteil der Menschen in Ghana, die unter der nationalen Armutsgrenze leben, hat sich zwischen 1992 und 2006 von 51,7 auf 28,5 Prozent halbiert – ein Umstand, den die Nationale Entwicklungsplanungskommission zu ihren größten Erfolgen zählt. Auch wenn Ghana bis 2015 nicht alle Millennium-Entwicklungsziele erreichen wird, so liegt das Land in Bezug auf die Beseitigung von Hunger und extremer Armut sowie die Grundschulbildung für alle (Millenniumziele 1 und 2) doch auf Kurs. Von allen afrikanischen Ländern südlich der Sahara bewegen sich lediglich Äthiopien, Ghana, Uganda und Senegal deutlich auf das Millenniumziel 1 zu.



2011 setzten die Stadt- und Distriktversammlungen eine Reihe von Maßnahmen zur Armutsbekämpfung um. Dazu gehören laut NDPC das staatliche Krankenversicherungssystem, die Pro-Kopf-Zulage, kostenlose Uniformen, Übungshefte und Fahrten in öffentlichen Verkehrsmitteln für Schulkinder, das Programm Livelihood Empowerment Against Poverty (LEAP) und das Schulspeisungsprogramm (NDPC 2012).

Ghana hat mehrere Maßnahmen zur Bewältigung der Energiekrise eingeleitet. Zum Teil geschieht dies durch die eigene Produktion von Erdgas, zum Teil aber auch durch die Förderung erneuerbarer Energien wie Solar- und Windenergie sowie durch den Bau eines neuen Wasserkraftwerks.

Das neue 400-Megawatt-Kraftwerk soll dieses Jahr in Betrieb gehen. Der am Schwarzen Volta gelegene Bui-Staudamm wurde von der Regierung in Zusammenarbeit mit dem chinesischen Bauunternehmen SinoHydro errichtet. Er ist nach dem Akosombo-Staudamm und dem Kpong-Staudamm der dritte große Staudamm im Land. Leider ist seine Errichtung trotz der von ihm gelieferten sauberen Energie mit negativen Umweltfolgen verbunden: Durch den Bui-Staudamm werden 20 Prozent des Bui-Nationalparks überflutet, was den Lebensraum des seltenen Flusspferds und anderer Wildtiere beeinträchtigt. Die 2007 durchgeführte Umwelt- und Sozialverträglichkeitsprüfung kam zu dem Schluss, bei richtiger Ausführung sei es unwahrscheinlich, dass »Bau und Betrieb des Bui-Projekts [...] inakzeptable Belastungen für die Umwelt und die umliegenden Kommunen mit sich bringen« (GH-ME 2007).

In den letzten Jahren hat sich Ghana zu einem Pionier der Solar- und Windenergie in der Region entwickelt. Das nur aus zehn Mitarbeitern bestehende Direktorat für Erneuerbare Energien hat es geschafft, eine beachtliche Menge an Initiativen auf die Beine zu stellen. Darunter befinden sich u. a. ein Projekt zur Aufstellung von solarbetriebenen Kühlschränken in Krankenhäusern ohne Strom, die Verteilung von 200.000 Solarleuchten in nicht ans Stromnetz angeschlossene Gemeinden, die Errichtung eines – mit zwei Megawatt nur kleinen – Solarkraftwerks sowie die Erfassung und Kartierung von Ghanas Windenergiepotenzial.

Für seine Anstrengungen erhielt das Land auch Lob durch die von UNO-Generalsekretär Ban Ki-moon ins Leben gerufene Initiative »Sustainable Energy for All«. Laut Website der Initiative stellen »die von Ghana festgelegten Energieziele ein wichtiges Beispiel für eine staatliche Maßnahme dar, die die Bestrebungen von ›Sustainable Energy for All‹ aufnimmt und damit die Entwicklung erneuerbarer Energien vorantreibt, den Zugang zu modernen Energieformen verbessert und seine Wirtschaftsleistung abstützt« (UN SEA 2013).

Und nicht zuletzt ist Ghana auch ein regionaler Pionier in der Entwicklung und Umsetzung einer starken, Nachhaltigkeitskonzepte aus Norwegen einbeziehenden Gesetzgebung in Bezug auf den Umgang mit seinen Erdöleinnahmen. Wie oben erwähnt, wurden mit dem Petroleum Revenue Management Act von 2011 der Ghana Stabilization Fund und der Ghana Heritage Fund eingerichtet, die unvorhergesehene Einbrüche der Erdöleinnahmen abfangen und zur Aufrechterhaltung der staatlichen Ausgabenkapazität beitragen bzw. die Erdöleinkünfte auch für künftige Generationen nutzbar machen sollen. 2011 flossen nach Angaben der Bank of Ghana 54,8 Millionen Dollar in den Stabilisierungsfonds und 14,4 Millionen in den Heritage-Fonds (Dzawu 2012). Diese Summen mögen niedrig erscheinen, doch betrug der staatliche Gesamterlös aus dem Rohölverkauf in diesem Jahr lediglich 444,1 Millionen

Dollar oder ein Prozent des BIP. Dieser Wert dürfte allerdings in den kommenden Jahren steigen.

Was Fortschritte in der Geschlechtergleichstellung angeht, so hat Ghana im Grundschulbereich nahezu Geschlechterparität erreicht. In der Sekundar- und Tertiärbildung bestehen dagegen weiterhin Hindernisse für Frauen und Mädchen. Die Müttersterblichkeitsrate Ghanas ist mit 350 Todesfällen auf 100.000 Geburten noch immer ziemlich hoch (Millenniumziel wären 185). Auch Gewalt in der Familie ist nach wie vor weit verbreitet. Der Staat beginnt allerdings sich dieser Probleme anzunehmen, etwa durch eine kostenlose Gesundheitsvorsorge für Mütter. 2001 hat die Regierung ein Ministerium für Frauen- und Kinderangelegenheiten eingerichtet, das auch eine Sektion gegen Gewalt in der Familie gebildet hat. Auch das Parlament hat Gesetze zur Stärkung von Frauenrechten erlassen, etwa den Domestic Violence Act von 2007 und Gesetzesvorschriften, die weibliche Genitalverstümmelung unter Strafe stellen (Addo 2012).

Nach und nach bekleiden Frauen auch mehr öffentliche Ämter. Gleichwohl gibt es in diesem Bereich noch immer viel Nachholbedarf. Bei den Wahlen 2012 haben Frauen nur 28 von 278 Sitzen errungen.

## Herausforderungen

Ghanas Regierung hat den nachhaltigen Umgang mit der Umwelt in ihr Programm aufgenommen und einen starken politischen Handlungsrahmen zur Bekämpfung der Umweltzerstörung geschaffen. Die Umsetzung dieses Rahmens erscheint allerdings mangelhaft, zumal die Ergebnisse in diesem Bereich der Nachhaltigkeit enttäuschend sind. Der Environmental Performance Index der Yale-Universität, der 163 Länder nach Umweltgesundheit und der Vitalität ihres Ökosystems bewertet, listet Ghana im Jahr 2012 an 91. Stelle (EPI 2012).

In Gesprächen mit Regierungsvertretern, Gebern und Mitgliedern der Zivilgesellschaft wurden zahlreiche Hindernisse für die Implementierung dieser Politik genannt: Korruption, fehlender Einsatz seitens der Regierung und betroffener Gemeinden, Probleme mit dem Anwerben und Halten von Sachverstand im öffentlichen Sektor, ein Mangel an Finanzmitteln und Personal zur Durchsetzung sowie ungenügende institutionelle Koordination.

Negativ auf den Umweltschutz wirken sich auch eine Reihe grundlegender Hintergrundfaktoren aus, speziell das Bevölkerungswachstum und die beschränkten wirtschaftlichen Möglichkeiten. Die Bevölkerung Ghanas hat sich zwischen 1985 und 2010 mit einem Anstieg von 12,9 auf 24,4 Millionen nahezu verdoppelt (World Bank 2012); das führte zu mehr Flächen- und Waldverbrauch für die Subsistenzlandwirtschaft bzw. die Verfeuerung. Über 60 Prozent der Bevölkerung arbeiten in der Landwirtschaft, vornehmlich für den Eigenbedarf. Die fortbestehende Abhängigkeit von der Rohstoffindustrie, vor allem vom Bergbau, setzt dem Land ebenfalls zu und trägt zur Umweltzerstörung bei. Mittlerweile gibt es in armen Landgemeinden kaum noch alternative Möglichkeiten des Einkommenserwerbs jenseits von Holzfällerei, Kleinbergbau und Landwirtschaft.

Die Umweltzerstörung verursacht bereits heute wirtschaftlichen Schaden. Laut Weltbank belaufen sich die jährlichen Kosten der Zerstörung von Umwelt und natürlichen Ressourcen



auf etwa 9,6 Prozent des BIP (2007). Die Verluste ergeben sich »aus einer nicht nachhaltigen Ausbeutung der Wälder, Landflächen, Wild- und Fischbestände des Landes sowie der durch Umweltfaktoren bedingten Beeinträchtigung der Gesundheit«, so ein Report des UNDP von 2012.

Die Regierung hat zwar gewisse Versuche unternommen, den Entwaldungsprozess zu bremsen, indem sie etwa 15 Prozent des Waldbestands unter irgendeine Form von Schutz gestellt, den Export von Rohholz verboten und in geschädigten Waldgebieten Wiederaufforstungsprojekte initiiert hat. Diese Versuche haben sich jedoch als unzureichend erwiesen. Ghanas primärer Regenwald wurde um nahezu 90 Prozent dezimiert. 1990 schätzte man die von Wald bedeckte Fläche auf 7.448.000 Hektar; diese Fläche wird sich um durchschnittlich 1,8 Prozent pro Jahr weiter verringern (GH-MEST 2010). Laut einer Studie des Chatham House werden 59 bis 65 Prozent der Bäume in Ghana illegal gefällt und drei Viertel des illegalen Holzschlags erfolgen durch Kleinholzfäller für den einheimischen Markt (Lawson 2010).

Ein wesentliches Umwelt- und Gesundheitsrisiko ergibt sich auch aus der Unfähigkeit der Behörden, den illegalen Kleinbergbau, den sogenannten »Galamsey« einzudämmen. Die illegalen Bergleute, die meist im südlichen Landesteil rund um die großen Minen tätig sind, leiten oft Flüsse um und vergiften ganze Wasserläufe, wenn sie das aus dem Boden gewonnene Gold mit hochtoxischen Substanzen wie Quecksilber von dem Gestein auswaschen. Die EPA hat sich für die durch illegalen Bergbau verursachten Umweltschäden für nicht zuständig erklärt, weil ihre Aufgabe in der Regulierung legaler Aktivitäten bestehe. Die Eindämmung des illegalen Goldabbaus fällt somit in die Verantwortung der staatlichen und lokalen Polizeikräfte – ihn zu unterbinden, ist jedoch ein schwieriges Unterfangen, weil der illegale Bergbau zumeist weit verstreut in abgelegenen Waldgebieten stattfindet. Dabei sind die Bergleute selbst – wie übrigens auch viele der illegalen Holzfäller – arm und mittellos. Hilfsorga-

nisationen zufolge wäre die beste Lösung des Problems die Schaffung anderer Arbeitsmöglichkeiten für sie.

Einige Analytiker warnen vor dem »trügerischen Bild von Durchschnittswerten« angesichts von Ghanas Wirtschaftsbilanz. Obwohl das Land offiziell die Kategorie der Staaten mit mittlerem Einkommensstatus erreicht hat, ist die Armut in den drei Nordregionen nur unwesentlich zurückgegangen. Die Armutsrate im Norden liegt zwei bis drei Mal höher als im Landesdurchschnitt und weil es dort nur eine Vegetationsperiode gibt, ist in diesem Landesteil Nahrungsmittelunsicherheit immer noch ein vordringliches Problem.

Was die Erreichung der Millennium-Entwicklungsziele bei der Verbesserung der Gesundheitsversorgung für Mütter und der Senkung der Kindersterblichkeit betrifft, liegt Ghana zu sehr im Hintertreffen, als dass es die Ziele bis 2015 erreichen könnte. Die weiteren Ziele sind »potenziell erfüllbar« oder werden »wahrscheinlich teilweise erfüllt«. Ziel 7, die Sicherstellung ökologischer Nachhaltigkeit, wird sehr wahrscheinlich nicht zur Gänze erreicht. Ghana rangiert im Human Development Index des UNDP, einem globalen Ländervergleich auf der Basis von Lebenserwartung, Alphabetisierungsrate, Bildungsgrad und Lebensstandard, noch immer erst an 135. Stelle von 187 Ländern (UNDP 2012).

Alles in allem hat Ghana trotz erheblicher Anstrengungen noch eine Menge großer Herausforderungen zu meistern: Umweltzerstörung, Energieknappheit, mangelhafte Infrastruktur, unzulängliche Gesundheitseinrichtungen, Jugendarbeitslosigkeit, schwache Institutionen und Korruption. Viele Probleme bedürfen einer Lösung; dafür braucht das Land dringend mehr Geldmittel. Da die traditionellen Entwicklungspartner aber aufgrund der weltweiten Rezession mit Haushaltsbeschränkungen in ihren Mutterländern konfrontiert sind, steht Ghana wie andere afrikanische Staaten eher vor einer Kürzung seiner Entwicklungshilfemittel als vor einer Aufstockung und muss sich daher an die Privatwirtschaft halten, um Einnahmen zu generieren. »Ghana braucht keine Hilfe, sondern Handel«, so der Industrie- und Handelsminister. Doch das Anlocken von Investoren bleibt angesichts von Energieknappheit und unklaren Grundbesitzverhältnissen ein schwieriges Unterfangen. Eine praktische Stärkung der Säule Umwelt bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Weiterentwicklung und Erbringung dringend benötigter Versorgungsleistungen für die Bevölkerung wird für Ghana also auch in den kommenden Jahren eine entscheidende Herausforderung bleiben.

### Was man von Ghana lernen kann

Angesichts des Umstands, dass Ghana sich erst vor etwa zwei Jahrzehnten auf den Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung gemacht hat, mag mancher der Meinung sein, dass sich von diesem Entwicklungsland nicht viel lernen lässt. Tatsächlich aber hat das Modell Ghana viele andere Länder – insbesondere aus der Region, mit einem ähnlichen geopolitischen Hintergrund – inspiriert. Aber auch Länder jenseits des subsaharischen Afrika können einiges von Ghana lernen. Drei der Lehren, die Ghana zu bieten hat, werden im Folgenden aufgezeigt:

Eine der größten Stärken Ghanas ist sein parteienübergreifendes Bekenntnis zur nationalen Einheit. Diese Einheit ist keine Selbstverständlichkeit, zumal Ghanas Bevölkerung alles andere als homogen ist. Ghana ist ein sehr heterogenes Land mit 43 Volksgruppen, die insge-



samt 79 Sprachen sprechen. Der Norden ist überwiegend muslimisch geprägt, während der Süden zum größten Teil christlich geprägt ist. Trotz dieser Unterschiede haben die Ghanaer erkannt, dass Frieden und Einheit eine Voraussetzung für Entwicklung sind. Viele Ghanaer geben an, sie wollten die mühsam errungenen Erfolge im Bereich demokratischer Entwicklung und wirtschaftlichen Wachstums auf keinen Fall wieder aufgeben. Und viele führen dieses klare Bekenntnis auf die Erinnerung an das Leben unter der Militärdiktatur zurück.

Ghana hat darüber hinaus Flüchtlingsströme aus Nachbarländern erlebt – zuletzt von der Elfenbeinküste, als dort nach den Wahlen Unruhen ausgebrochen waren. All das hat dazu geführt, dass politische, religiöse und traditionelle Führer, speziell vor Wahlen, regelrechte Propagandakampagnen für die Wahrung von Frieden und Einheit starteten. Politiker, die sich einer beleidigenden oder entzweierenden Sprache bedienen, werden von einflussreichen Stammes- und Religionsführern und den Medien regelmäßig verurteilt und zur Raison gerufen. Auch wenn einige dem Establishment vorwarfen, mehr Wert auf Frieden als auf Gerechtigkeit zu legen, so führte dies doch zur Schaffung einer integrativen Demokratie, die anscheinend sehr robust ist.

Bürgerbeteiligung ist ein wesentlicher Faktor bei der Einführung einer Nachhaltigkeitsagenda. Die ghanaische Regierung hat vieles richtig gemacht; einer ihrer geschicktesten Züge war sicherlich die Herstellung eines integrativen Umfelds. Die Entscheidung, zivilgesellschaftlichen Organisationen, Stammes- und Religionsführern, Standesvertretungen und Arbeitnehmerverbänden einen Platz am Verhandlungstisch einzuräumen, hat zu starken und integrativen politischen Lösungen geführt sowie zur Konfliktvermeidung beigetragen. Wie weiter oben erwähnt, haben zivilgesellschaftliche Gruppen eine entscheidende Rolle bei der Schaffung eines nationalen Bewusstseins und bei der Unterbreitung politischer Handlungsempfehlungen gespielt, die sich dann in Gesetzen wie dem Persons with Disabilities Act von 2006 und Programmen wie dem National Youth Employment Program niederschlugen. Zurzeit drängen viele zivilgesellschaftliche Gruppen auf ein Informationszugangsgesetz. Zudem dient die Zivilgesellschaft als Kontrollinstanz, die die Regierung bei Verfehlungen zur Rede stellt. Und es ist wohl kein Zufall, dass die stärkere Einbindung der Öffentlichkeit in den Planungsprozess mit der besseren Integration von Nachhaltigkeitsaspekten in die Nationalen Entwicklungspläne korreliert.

Nicht zuletzt entstehen starke politische Maßnahmen auch durch Offenheit gegenüber neuen Lösungen. Die ghanaischen Regierungsvertreter gingen mit großer Aufgeschlossenheit an die Entwicklungspolitik heran. Dabei orientierten sie sich an beispielhaften Lösungen, nach denen sie überall in der Region und in der Welt gesucht hatten. So studierten sie z. B. die bewährtesten Lösungen im Bereich der Erdölproduktion und machten sie zur Grundlage für eine starke Gesetzgebung über die Verwendung der Erdöleinnahmen. Ghanas Petroleum Revenue Management Act von 2011 gilt als das beste Gesetz dieser Art in der Region. Ghana ist auch eines der ersten Länder Afrikas, die sich aufgeschlossen für die Erzeugung erneuerbarer Energien zeigen und nicht allein auf fossile Brennstoffe setzen.

Die erwähnten Punkte können als Lehre für andere Länder in der Region und in der Welt dienen. Vor allem junge Demokratien und Transformationsvolkswirtschaften, die die Bedürfnisse der gegenwärtigen Generation mit den Herausforderungen der Zukunft in Einklang zu bringen versuchen, können profitieren.

### Literatur

- Addo, Mary Anne. »Advancing Gender Equality and the Empowerment of Women: the Ghana Experience«. Vorgelegt beim UN Development Cooperation Forum Vienna Policy Dialogue zur Gleichstellung der Geschlechter am 13. Dezember 2012. [www.un.org/en/ecosoc/newfunct/pdf/vpd\\_undcf.pdf](http://www.un.org/en/ecosoc/newfunct/pdf/vpd_undcf.pdf).
- Bertelsmann Stiftung. *BTI 2014. Ländergutachten Ghana*. Gütersloh 2014.
- Dzawu, Moses Mozart. »Ghana Oil Fund Savings Reach \$69.2 million in 2011, Bank Says«. *Bloomberg*, 15. März 2012. [www.bloomberg.com/news/2012-03-15/ghana-oil-fund-savings-reach-69-2-million-in-2011-bank-says.html](http://www.bloomberg.com/news/2012-03-15/ghana-oil-fund-savings-reach-69-2-million-in-2011-bank-says.html) und [www.bog.gov.gh/privatecontent/Public\\_Affairs/semi-annual%20report%20on%20the%20ghana%20petroleum%20funds.pdf](http://www.bog.gov.gh/privatecontent/Public_Affairs/semi-annual%20report%20on%20the%20ghana%20petroleum%20funds.pdf).
- EPI (Environmental Performance Index). »Country Profile: Ghana«. New Haven 2012. <http://epi.yale.edu/dataexplorer/countryprofiles>.
- GH-ME (Ghanian Ministry of Economy). »Environmental and Social Impact Assessment of the Bui Hydroelectric Project, Final Report«. Erarbeitet von Environmental Resources Management in Zusammenarbeit mit SGS Environment for the Ministry of Energy. Accra 2007. <http://library.mampam.com/Final%20ESIA%20-%20Bui%20HEP.pdf>.
- GH-MEST (Ghanian Ministry of Environment, Science and Technology). »National Assessment Report on Achievement of Sustainable Development Goals and Targets for Rio+20 Conference«. Accra 2012. <http://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/1016ghananationalreport.pdf>.
- GH-MFEP (Ghanian Ministry of Finance and Economic Planning). »Oil and Gas – Revenue Management and Coordination. A Strategic Cross-Cutting Issue Discussion«. PowerPoint-Präsentation, vorgetragen in Accra am 16. Mai 2011.
- GH-PRMA (Ghana's Petroleum Revenue Management Act). Government of Ghana, Act 815. 2011. <http://ghanaoilwatch.org/images/laws/petroleum-revenue-management-act815-2011-.pdf>.
- IMF (International Monetary Fund). *Ghana: Poverty Reduction Strategy Paper. IMF Country Report no. 12/203*. Washington, D.C. 2012. [www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2012/cr12203.pdf](http://www.imf.org/external/pubs/ft/scr/2012/cr12203.pdf).
- Lawson, Sam. »Illegal Logging and Related Trade: Indicators of the Global Response«. *Energy, Environment and Resource Governance. Chatham House Briefing Paper*. London 2010.
- NDPC (National Development Planning Commission). »Medium Term National Development Policy Framework. Ghana Shared Growth and Development Agenda, 2010–2013«. Accra 2010. [www.ndpc.gov.gh/GPRS/Final%20Draft%20Policy%20Framework%20092010.pdf](http://www.ndpc.gov.gh/GPRS/Final%20Draft%20Policy%20Framework%20092010.pdf).
- NDPC. »The Implementation of the Ghana Shared Growth and Development Agenda, 2010–2013. 2011 Annual Progress Report«. Accra 2012. [www.ndpc.gov.gh/GPRS/2011%20APR%20-Final%20Version\(November,%202012\).pdf](http://www.ndpc.gov.gh/GPRS/2011%20APR%20-Final%20Version(November,%202012).pdf).
- NDPC. »Mission Statement«. Accra 2013. [www.ndpc.gov.gh/](http://www.ndpc.gov.gh/).
- Nelson, Peter, und Sean Doolan. »Ghana: Strategic Environmental Assessment and its Evolution«. *Strategic Environmental Assessment in Development Practice*. Hrsg. OECD. Paris 2012. 69–73. DOI: 10.1787/9789264166745-en.

- UNDP (UN Development Programme). »Ghana's track record on sustainable development is mix achievement«. *UNDP News*. 11. Mai 2012. [www.undp-gha.org/design/presscenter/news&event.php?id=240](http://www.undp-gha.org/design/presscenter/news&event.php?id=240).
- UN SEA (United Nations High-level Group on Sustainable Energy for All). »Ghana Leads on Sustainable Energy for All«. New York 2013. [www.sustainableenergyforall.org/actions-commitments/country-level-actions/item/60-Ghana](http://www.sustainableenergyforall.org/actions-commitments/country-level-actions/item/60-Ghana).
- World Bank. *Ghana: Country Environmental Analysis*. Washington, D.C. 2007. <http://hdl.handle.net/10986/7568>.
- World Bank. Access to electricity (% of population). 2009. <http://data.worldbank.org/indicator/EG.ELC.ACCS.ZS>.
- World Bank. World Development Indicators (WDI). GDP per capita (PPP); GDP growth (US\$); Inflation; Population growth, 2009–2012. 2012. [http://data.worldbank.org/country/ghana#cp\\_wdi](http://data.worldbank.org/country/ghana#cp_wdi).

Die Interviews führten Armando García Schmidt und Laura Burke zwischen dem 25. Februar und dem 28. Februar 2013 in Ghana. Dimple Roy vom International Institute for Sustainable Development (IISD) recherchierte im Vorfeld der Interviews wichtige Hintergrundinformationen. Für den Inhalt dieses Berichts und für die in ihm enthaltenen Wertungen und Meinungen sind allein die Autoren verantwortlich. Unser Dank gilt all denjenigen in Ghana, die ihre Zeit für uns geopfert und mit uns gesprochen haben:

*Wisdom Ahiataku-Togobo*, Director of Renewable Energy, Ministry of Energy, Accra; *Daniel S. Amlalo*, Executive Director, Environmental Protection Agency (EPA), Accra; *Theo Anderson*, Director, Friends of the Earth – Ghana, Accra; *Samuel E.K. Anku*, Deputy Executive Director, Environmental Protection Agency (EPA), Accra; *Nana Asantewa Afadzinu*, Executive Director, West Africa Civil Society Institute (WACSI), Accra; *Omolara T. Balogon*, Policy Advocacy Officer, West Africa Civil Society Institute (WACSI), Accra; *Jeremias Blaser*, Deputy Country Director, UN Development Programme, Accra; *Emmanuel Boon*, Chief Executive, International Centre for Enterprise and Sustainable Development (ICED), Accra; *Mac-Jordan Degadjor*, Social Blogger and Writer, Accra; *Lambert Faabeluon*, Director, Manufacturing Industry Department, Environmental Protection Agency (EPA), Accra; *Haruna Iddrisu*, Minister, Ministry of Trade and Industry, Accra; *Millicent Nken-Anh Iddrisu*, General Manager, International Centre for Enterprise and Sustainable Development (ICED), Accra; *Kamil Kamaludeen*, Country Director, UN Development Programme, Accra; *Nana Kofi*, Media Analyst and Policy Researcher, Danquah Institute, Accra; *Rudolph S. Kuuzegh*, Director, Ministry of Environment, Science and Technology, Accra; *Adjei-fosu Kwaku*, Deputy Director, Plan Co-ordination Division, National Development Planning Commission (NDPC), Government of Ghana, Accra; *Christopher Kwasi Manu*, Administrator/Technical Co-ordinator, Friends of the Earth – Ghana, Accra; *Dante Mossi*, Senior Operations Officer, The World Bank, Accra; *Winfred Nelson*, Principal Analyst, *National Development Planning Commission*, (NDPC), Government of Ghana, Accra; *Kwame A. Ninsin*, Emeritus Professor and Scholar-in-Residence, Institute for Democratic Governance (IDEG), Accra; *Annette Lohmann*, Resident Representative, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bamako/Mali; *Franklin Oduro*, Deputy Director and Head of Research & Programs, Ghana Center for Democratic Development, Accra; *Joe Oteng-Adjei*, Minister, Ministry of En-

vironment, Science, Technology and Innovation, Accra; *Kareff Rafisura*, Climate Risk Management Practitioner, UN Development Programme, Accra; *Renate Schimkoreit*, Ambassador, Embassy of the Federal Republic of Germany, Accra; *Torsten Schlink*, Head of Programme, Programme for Sustainable Economic Development (PSED), Innovative Insurance Products for the Adaptation to Climate Change (IIPACC), GIZ Office Accra; *Mahu Seth*, Manager Renewable Grid Electricity, Ministry of Energy, Accra; *Harry van Dijk*, Deputy Head of Mission, Head of Cooperation, Embassy of the United Kingdom of the Netherlands, Accra; *Zakaria Yakubu*, Programme Coordinator, Civil Society & Governance, Kasa Ghana, Accra.